



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V.

Aktuell seit 22.06.2026 17:31:57

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001164
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	22.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Schiffgraben 47 30175 Hannover Deutschland Telefonnummer: +49511121720 E-Mail-Adressen: info@bveg.de Webseiten: www.bveg.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Friedrichstr. 95 10117 Berlin Telefonnummer: +4915154831277 E-Mail-Adresse: info@bveg.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

340.001 bis 350.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,40

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Claudia Kromberg**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Dr. Ludwig Möhring**
Funktion: Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstandes

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **André Findeisen**
2. **Ludger Radermacher**
3. **Ingo Forstner**
4. **Johanna Brandtner**
5. **Claudia Kromberg**
6. **Dr. Ludwig Möhring**

Gesamtzahl der Mitglieder:

81 Mitglieder am 31.12.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (12):

1. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
2. Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.
3. Unternehmer NRW
4. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.
5. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
6. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
7. Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für nachhaltige Energieträger, Mobilität und Kohlenstoffkreisläufe e.V.
8. Forum für Zukunftsenergien e.V.
9. Initiative zur Förderung der Rohstoffkultur e.V.
10. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V.
11. International Association of Oil & Gas Producers
12. European Geothermal Energy Council

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Öffentliches Recht; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Industriepolitik; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Rohstoffpolitik, Energieversorgungssicherheit

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (BVEG) vertritt die Interessen der deutschen Erdöl-, Erdgas- und Lithium- und Heliumproduzenten, der Betreiber von Untergrundspeichern (Erdgas, H2 und CO2), der in dieser Industrie tätigen Dienstleister sowie die Interessen an der wirtschaftlichen Nutzung von Tiefengeothermie. Der Verband bündelt die Interessen seiner Mitglieder und vertritt diese aktiv und dialogorientiert nach außen. Er ist Informations- und Austauschplattform und arbeitet für die vertretenen Branchen auf einem weit differenzierten Feld, das von der Gestaltung der technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis hin zur Wirtschafts-, Umwelt-, Energiepolitik reicht. Ferner tritt der BVEG als Tarifpartner für Mitgliedsunternehmen auf.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. Carbon Management

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben will grundsätzlich die Erkundung und kommerzielle Nutzung von CO2-Speicherstätten in Deutschland erlauben. Dafür braucht es:

- Ratifizierung Londoner Protokoll
- Die Feststellung des „besonderen bzw. überragenden öffentlichen Interesses“ sowie der „beschleunigte Ausbau als vorrangiger Belang“ wäre notwendig
- Speicherung von CO2 Offshore und Onshore ermöglicht
- Scope für Speicherung über schwer vermeidbare Emissionen hinaus ausweiten, auch Gas-Kraftwerke
- Schneller Aufbau eines CO2 Netzes und Schaffung der entsprechenden Regulierung
- Synchronisierung mit Europäischem und internationalem Recht (CCD, ENZIA..)

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speichergesetzes

Bundstags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speichergesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speichergesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

2. **Wasserstoffbeschleunigungsgesetz**

Beschreibung:

Das Gesetz etabliert die Rahmenbedingungen für die Finanzierung des Wasserstoffkernnetzes. Ziel der Interessensvertretung ist es, Impulse für stabile, rechtssichere und kapitalmarktfähige Finanzierungsbedingungen zu geben, die langfristige Investitionsentscheidungen ermöglichen. Darüber hinaus bedarf es einer Synchronisierung des Ausbaus der Netze mit dem der Speicher, inklusive Anschlussleitungen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WassBG)

Datum des Referentenentwurfs: 15.04.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

3. **KritisDachG**

Beschreibung:

Der Schutz der IT-Sicherheit von kritischen Infrastrukturen ist bereits im Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) niedergelegt. Das KRITIS-DachG wird für die Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen nach dem „All-Gefahrenansatz“ (im Folgenden zur Abgrenzung von der IT-Sicherheit untechnisch „physischer Schutz“) neben diese Regelungen treten, aber gleichzeitig eine größtmögliche Kohärenz vorsehen, indem die Schnittstellen zwischen den Bereichen berücksichtigt und

angeglichen, bzw. – soweit möglich und sinnvoll – übereinstimmend ausgestaltet werden. Hierbei müssen Anforderungen an kritische Infrastruktur praktikabel sein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 550/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13961 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

4. Geothermiebeschleunigungsgesetz

Beschreibung:

Um den Ausbau von Geothermie, besonders Tiefengeothermie in Deutschland voranzutreiben, ist die Schaffung eines zuverlässigen Rechts- und Regulierungsrahmens, ggfs. auch Förderung notwendig. Dabei müssen relevanten Regelungen auch im Sinne der Wärmewende (Klimaschutzziele) gedacht und angepasst werden. Mit Blick auf die geologischen und bohrtechnischen Herausforderungen des Geothermie, müssen auch Sicherheit und Genehmigung eine zentrale Rolle spielen.

Betroffenes geltendes Recht:

BergG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; GeolDG [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Rohstoffpolitik, Energieversorgungssicherheit

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406270173 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2407170017](#) (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Harmonisierung der Änderung des Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelgesetzes mit dem EnergieStG

Beschreibung:

Mit dem Gesetzentwurf zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelgesetzes werden nun die Anforderungen der geänderten europäischen Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG durch umfangreiche Änderungen des Treibhausgas-Emissionshandelgesetzes und begleitende Änderungen des Brennstoffemissionshandelgesetzes umgesetzt. Auf dieser Grundlage soll das Gesetz die Kontinuität der CO₂-Bepreisung für sämtliche Brennstoffe sicherstellen, die derzeit vom nationalen Brennstoffemissionshandel erfasst sind, jedoch keine Erweiterung dieses Handels darstellen.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/13585](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024)

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): [Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG \(TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024\)](#) (20. WP) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2408190003](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. **European Industrial Deal**

Beschreibung:

Mit der bevorstehenden Umsetzung der Ziele der Antwerpen Erklärung im European Industrial Deal wird die Europäische Union versuchen, Klimaschutz, Wachstum und den Erhalt des Industrie-Standorts Europa in Einklang zu bringen. Maßgeblich sind hierfür eine Beachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtkosten aller Maßnahmen und die weitgehende Unabhängigkeit von Rohstoffen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408190004** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. **IED-Umsetzung**

Beschreibung:

Die EU-Richtlinie über Industrieemissionen (IED) ist grundlegend neu gefasst worden und muss bis zum 1. Juli 2026 in deutsches Recht umgesetzt werden. Das BMUV hat am 28.11.2024 den Referentenentwurf für ein Artikelgesetz und den Referentenentwurf für eine Mantelverordnung zur IED-Umsetzung vorgelegt.

Entgegen der Ankündigung einer 1:1-Umsetzung geht der Entwurf in vielen Teilen über eine 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie über Industrieemissionen hinaus, führt zu neuer Bürokratie sowie zusätzlichen Kosten für die Betreiber.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (20. WP) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 02.12.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2502050010 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2510080025 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Beschreibung:

Die Industrieunternehmen Deutschlands stehen vor der Herausforderung, ihre CO₂-Emissionen schnell, technisch effizient und kostengünstig zu reduzieren. Neben erneuerbarem Strom und klimaneutralem Wasserstoff spielt dabei Carbon Management eine zentrale Rolle: CO₂ wird nach seiner Abscheidung (Carbon Capture) entweder genutzt oder eingespeichert .

CCS ermöglicht es Industrieunternehmen, trotz technisch oder wirtschaftlich unvermeidbarer CO₂-Emissionen klimaneutral zu produzieren. Es ist damit auch eine Lösung für Industrien, die sonst keine Option haben, ihre Produktion zu vertretbaren Kosten zu dekarbonisieren.

CCS hält Technologie und Wertschöpfung im Land und reduziert die kommerzielle Verhandlungsposition gegenüber ausländischen CO₂-Speicherunternehmen verbessert.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (vom 28.05.2025)

Datum des Referentenentwurfs: 28.05.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2507040020](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2507070011](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG dorthin](#)]

3. [SG2510080023](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

9. [Erdgasförderung in Deutschland](#)

Beschreibung:

Bezahlbare Energie ist von zentraler Bedeutung, wenn Deutschland wettbewerbsfähig bleiben und seine Energietransformation erfolgreich umsetzen will.

Deutschland befindet sich nicht zuletzt aufgrund erheblich gestiegener Großhandelskosten für Erdgas und Strom in einer Energiepreiskrise. Diese Krise muss aktiv und strategisch angegangen werden: mit einer langfristig angelegten Gasversorgungsstrategie können Versorgungssicherheit und bezahlbare Erdgas-Preise erreicht werden. Günstigere Gaspreise sorgen für eine Senkung der Strompreise an den Großhandelsmärkten. Elemente dieser Strategie: eine Importstrategie für Pipeline-Gas und LNG und der Ausbau der heimischen Gasproduktion.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507040021](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

10. Transformation, die Deutschland wettbewerbsfähig macht**Beschreibung:**

Deutschland steht vor einer gewaltigen Aufgabe: Inmitten einer schwierigen Lage für die Volkswirtschaft steht auch der Erfolg der Energie- und Klimapolitik und damit die Transformation insgesamt auf der Kippe. Zwar sind die CO₂-Emissionen seit 1990 um mehr als 40 Prozent gesunken, und erneuerbare Energien haben inzwischen einen Anteil von ca. 20 Prozent am Energieverbrauch sowie rund 60 Prozent am Strommix. Aber diese Erfolge verschaffen keine verlässliche Perspektive für ein Gelingen der Transformation insgesamt: dauerhaft nicht wettbewerbsfähige Energiepreise beschleunigte Deindustrialisierung, der Verlust hochqualifizierter und gut bezahlter Arbeitsplätze, enormer Investitionsbedarf in Infrastruktur und keine realistische Aussicht, das Klimaziel für 2030 zu erreichen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507040022 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Gasförderung in Meeresschutzgebieten**Beschreibung:**

Beibehaltung der bestehenden Regelungen zur Erdgas- und Erdölförderung in der Nordsee nach höchsten Anforderungen und im Ausnahmefall. Die Erdgas- und Erdölförderung in Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur Energieversorgung Deutschlands. Höchste Umweltstandards und im Einklang mit den eng gesetzten Rahmenbedingungen müssen Kohlenwasserstoffe auch weiterhin aufgesucht werden können. Heimisches Erdgas trägt zum Klimaschutz aktiv bei, denn es vermeidet alternativ erforderliche LNG-Importe, die mit bis zu 30% schlechterer CO₂-Bilanz (z.B. aus den USA) importiert werden müssten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1860 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einschränkung der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen in den geschützten Meeresgebieten im Bereich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels

Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUKN): Referentenentwurf zum Gesetz zur Einschränkung der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen in den geschützten Meeresgebieten im Bereich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2510080021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Versendet am 10.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2510080022 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

12. Schaffung eines nachhaltigen Fahrplans für eine resiliente Rohstoffversorgung

Beschreibung:

Lösungsansätze für eine bessere, nachhaltigere und versorgungssichere heimische Rohstoffproduktion anbieten. Dies sollte in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen (z.B. BImSchG, WHG, BBergG) verankert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[WHG 2009 \[alle RV hierzu\]](#); [BImSchG \[alle RV hierzu\]](#); [BBergG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Immissionsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Rohstoffpolitik, Energieversorgungssicherheit

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511040003 \(PDF - 8 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. Gesetz zur Änderungen der Wärmeplanungsgesetzes

Beschreibung:

BVEG bewertet den Referentenentwurf zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes als einen Beitrag zur Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsrahmens für die kommunale Wärmeplanung. Bestehende Regelungen sind zu konkretisieren, Anwendungsspielräume zu strukturieren und einzelne Verfahrensschritte müssen weiter ausgestaltet werden.

1. Klarstellungen zentraler Begriffsdefinitionen (Wärmenetzbetreiber, sowie Ergänzung der Wärmeplanung)
2. Ausgestaltung Prüfgebiete für verschiedene Infrastrukturoptionen (Wärme-, H2- und Biogasnetze)
3. Anpassungen Datennutzung und -verarbeitung zur Effizienzsteigerung in den Planungsverfahren
4. Differenzierung nach Gemeindegrößen und Verfahrensvereinfachungen
5. Anpassung von Fristen und Konkretisierung fachlicher Anforderungen durch Bezug auf technische Leitfäden

Referentenentwurf:

[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 30.04.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

14. Verbesserungen und Bürokratierückbau beim Strahlenschutzrecht

Beschreibung:

In der Summe befürworten wir den Gesetzesentwurf. Die hier vorgelegten Änderungsvorschläge zielen auf Beseitigung von Rechtsunsicherheiten und die weitere Verfahrensbeschleunigung ab, vor allem beim Entlassungsverfahren.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau, zur Digitalisierung und zur weiteren Modernisierung des Strahlenschutzrechts (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 20.05.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606160055 (PDF - 50 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

15. Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie

Beschreibung:

Wir teilen die in der uns vorliegenden Stellungnahme des BDI vorgebrachten Punkte, dass die EU-Luftqualitätsrichtlinie und deren Umsetzung zu weiteren Investitionshemmnissen in der Industrie führen würden, die gerade auch die von uns vertretenen Unternehmen treffen würde.

Grundsätzlich sollte die Bundesregierung daher an zwei Stellen ansetzen: einerseits empfehlen wir, sich für Änderungen der EU-Luftqualitätsrichtlinie auf der europäischen Ebene einzusetzen, begleitet von einer „stop-the-clock-Regelung“. Zum anderen sollten alle Spielräume genutzt werden, um bei der Umsetzung der Richtlinie die Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit von industriellen Anlagen zu minimieren – hierfür bietet sich vor allem die TA-Luft an.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf zur Neufassung der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards - 39. BImSchV) (Vorgang
) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.06.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606220098 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

3.090.001 bis 3.100.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG
2. Neptune Energy Deutschland GmbH
3. Mobil Erdgas-Erdöl GmbH
4. Harbour Energy Germany GmbH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Pruefbericht-2025-vom-15-04-2026.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Verhaltenskodex-des-BVEG.pdf](#)